

Wie es geschah – Yanis Varoufakis’ Intervention während des Eurogruppen Treffens vom 27. Juni

Geschrieben am 28. Juni 2015 durch yanisv, übersetzt von Peter Fleissner (englisches Original nachstehend)

Das Treffen der Eurogruppe vom 27. Juni 2015 wird nicht als ein stolzer Moment in die Geschichte Europas eingehen. Die Minister lehnten das Ansuchen der griechischen Regierung ab, dem griechischen Volk eine Woche einzuräumen, mit einem Ja oder Nein auf die Vorschläge der Institutionen zu antworten – Vorschläge von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Griechenlands in der Eurozone. Die Vorstellung, dass eine Regierung sich mit ihrem Volk über einen problematischen Vorschlag beraten wollte, der von den Institutionen kam, wurde mit Unverständnis und Verachtung behandelt. Ich wurde sogar gefragt: "Wie kann man erwarten, dass einfache Menschen solche komplexe Fragen verstehen können?" In der Tat hatte die Demokratie beim gestrigen Treffen der Eurogruppe keinen guten Tag! Aber auch die europäischen Institutionen nicht. Nachdem unser Antrag abgelehnt worden war, brach der Präsident der Eurogruppe mit der Konvention der Einstimmigkeit (indem er eine Erklärung ohne meine Zustimmung abgab) und traf sogar die zweifelhafte Entscheidung, eine Follow-up-Sitzung ohne den griechischen Minister einzuberufen, angeblich um die "nächsten Schritte" zu erörtern.

Können Demokratie und Währungsunion koexistieren? Oder muss eines davon aufgegeben werden? Dies ist die zentrale Frage, welche die Eurogruppe entschieden hat, indem sie die Demokratie als zu schwierig ansah um sie auszuüben. So weit, hofft man.

Intervention von Yanis Varoufakis im Treffen der Eurogruppe vom 27. Juni 2015

Kolleginnen und Kollegen,

In unserer letzten Sitzung (vom 25. Juni) legten die Institutionen in Reaktion auf unseren Vorschlag eines Staff Level Agreements (SLA) vom 22. Juni (das von Ministerpräsident Tsipras unterzeichnet worden war) den griechischen Behörden ihr endgültiges Angebot vor. Nach einer langen und sorgfältigen Untersuchung beschloss unsere Regierung, dass der Vorschlag der Institutionen leider nicht akzeptiert werden kann. Im Hinblick auf den nahe vor uns liegenden 30. Juni, dem Ablaufdatum des aktuellen Darlehensvertrags, erfüllt uns alle dieses Scheitern mit großer Sorge. Seine Ursache muss gründlich untersucht werden.

Wir lehnten die Vorschläge der Institutionen vom 25. Juni aus einer Vielzahl von wichtigen Gründen ab. Der erste Grund ist die Kombination aus Sparpolitik und sozialer Ungerechtigkeit, die einer Bevölkerung aufgebürdet würde, die ohnehin schon durch den ... Sparkurs und bisherige soziale Ungerechtigkeit zerstört ist. Auch unser eigener Vorschlag (22. Juni) enthält Einsparungen, als ein Versuch, die Institutionen zu besänftigen und damit einer Einigung näher zu kommen. Nur versuchte unser Vorschlag, die Last der neuen Sparauflagen auf jene zu verschieben, die diese leichter schultern

können– z. B. durch Konzentration auf eine Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskassen, anstatt über die Reduktion der niedrigsten Pensionen. Dennoch enthält auch unser Vorschlag viele Teile, welche die griechische Gesellschaft zurückweist.

Nachdem man auf uns also starken Druck ausgeübt hat, die erheblichen neuen Sparauflagen in der Form von absurd hohen Primärüberschüssen (3,5 % des BIP auf mittlere Sicht, immerhin etwas niedriger als die von früheren griechischen Regierungen vereinbarte unergründliche Zahl von 4,5 %) zu akzeptieren, endeten wir bei rezessionserzeugenden Kompromissen, auf der einen Seite bei höhere Steuern/Abgaben in einer Wirtschaft, wo diejenigen, die ihre Beiträge bezahlen, sehr hohe Beiträge bezahlen müssen, auf der anderen Seite bei Senkungen von Pensionen/Transfers in einer Gesellschaft, die ohnehin durch massive Einschnitte in der Grundsicherung für vielfältig Bedürftige schon verwüstet ist.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich sagen, was wir schon den Institutionen am 22. Juni vermittelt haben, als wir unsere eigenen Vorschläge vorgelegt hatten: Auch dieser SLA, den wir vorschlugen, wäre extrem belastend gewesen, um das Parlament passieren zu können, angesichts des Niveaus der rezessiven Maßnahmen und der Sparauflagen, das er mit sich brachte. Unglücklicherweise war die Antwort der Institutionen, auf stärker rezessiven (auch bekannt als parametrischen) Maßnahmen zu bestehen (z. B. auf einer Erhöhung der Mehrwertsteuer für Hotels von 6 % auf 23 %!), und, schlimmer noch, auf einer massiven Verschiebung der Belastung weg von Unternehmen auf die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft (z. B. die niedrigsten Pensionen zu reduzieren, die Unterstützung für Landwirte aufzuheben und Rechtsvorschriften ad infinitum hinauszuschieben, die einen gewissen Schutz für übermäßig ausgebeutete Arbeiter geboten hätten).

Die neuen Vorschläge der Institutionen, wie sie in ihrer Erklärung (SLA/Prior Actions Document) vom 25. Juni ausgedrückt wurden, wären aus der Sicht unseres Parlaments ein politisch problematisches Paket. Es wäre extrem schwierig, sie durch die parlamentarische Abstimmung zu bringen. Aber das ist nicht alles. Es wird noch schlimmer, wenn wir einmal einen Blick auf das vorgeschlagene Finanzierungspaket werfen.

Was es *unmöglich* macht, dass der Vorschlag der Institutionen das Parlament passiert, ist das Fehlen einer Antwort auf die Frage: Werden diese schmerzhaften Maßnahmen uns zumindest eine Zeit der Ruhe gönnen, in der wir die vereinbarten Reformen und Maßnahmen durchführen können? Wird der Schock des Optimismus den rezessiven Effekt der zusätzlichen Finanzkonsolidierung, die einem Land auferlegt wurde, das durch 21 aufeinander folgende Quartale in der Rezession war, kompensieren? Die Antwort ist eindeutig: Nein, der Vorschlag der Institutionen bietet keine solche Perspektive.

Hier kommt der Grund dafür: Die vorgeschlagene Finanzierung für die nächsten 5 Monate (siehe unten die Details) ist in verschiedener Weise problematisch:

Erstens wurden für die Zahlungsrückstände des Staates, verursacht durch Zahlungen des Staates 5 Monate hindurch ohne Auszahlungen der Tranchen einerseits und der sinkenden Steuereinnahmen als Ergebnis der permanent in der Luft hängenden Drohung durch den Grexit andererseits, keine Vorkehrungen getroffen.

Zweitens verkörpert die Idee der Nutzung (Kannibalisierung) des griechischen Stabilisierungsfonds (HFSF) für den Rückkauf der Wertpapiere aus dem Anleihekaufprogramm (SMP der EZB) von der EZB eine klare und gegenwärtige Gefahr: Diese Gelder waren korrekter Weise für die Stärkung der fragilen Banken Griechenlands vorgesehen, möglicherweise durch eine Operation, die sich mit ihren riesigen notleidenden Krediten (NPLs) beschäftigt, die deren Kapitalisierung auffressen. Die Antwort habe ich von erfahrenen EZB-Vertretern, deren Namen nicht verraten werden sollen. Sie lautet, dass, wenn es sein muss, der HFSF wieder aufgefüllt werden wird, um die Anforderungen der Kapitalisierung der Banken zu bewältigen. Und wer wird die Nachfüllung vornehmen? Der Europäische Stabilitäts Mechanismus (ESM), war die Antwort, die ich bekam. Das ist zwar eine gigantische Aufgabe, aber sie ist nicht Teil des geplanten Deals und überdies kann sie nicht Teil der Vereinbarung sein, da die Institutionen kein Mandat haben, um den ESM in dieser Weise zu verpflichten - ich bin sicher, dass Wolfgang (Schäuble P.F.) uns alle daran erinnern wird. Und außerdem, wenn eine solche neue Vereinbarung getroffen werden könnte, warum wird dann unser vernünftiger bescheidener Vorschlag einer neuen ESM-Anleihe für Griechenland, die dabei helfen kann, die Haftungslast des SMP von der EZB an den ESM zu verschieben, nicht diskutiert? Die Antwort: "Wir werden nicht darüber reden, weil wir nicht darüber reden", wird es mir sehr schwer machen, sie gemeinsam mit einem neuen Sparpaket an mein Parlament weiterzugeben.

Drittens ist der vorgeschlagene Zeitplan der Auszahlungen - eine pro Monat - ein Minenfeld für die Überprüfung. Er wird zwei Dinge sicherstellen: Erstens, dass die griechische Regierung täglich, und jede Woche für fünf lange Monate einen Überprüfungsprozess über sich ergehen lassen muss. Und auch vor Ablauf dieser fünf Monate müssen wir uns in eine andere langwierige Verhandlung über das nächste Programm begeben - denn im Vorschlag der Institutionen gibt es nicht die leiseste Hoffnung, dass am Ende dieser neuen Ausweitung Griechenland kann auf eigenen Füßen stehen kann.

Viertens: Da es völlig klar ist, dass unsere Schulden bis zum Ende des Jahres unerträglich hoch bleiben, und dass der Marktzugang dann genauso fern wie jetzt sein wird, kann man nicht mit dem IWF rechnen, dass er seinen Anteil auszahlen wird, die 3,5 Milliarden, welche die Institutionen als Teil des Finanzierungspakets ansehen.

Dies sind gute Gründe, warum unsere Regierung glaubt, dass sie weder ein Mandat hat, den Vorschlag der Institutionen anzunehmen noch ihn mit ihrer Mehrheit im Parlament durchsetzen kann.

Ebenso haben wir im Bewusstsein dieses kritischen Moments in der Geschichte, in dem wir uns befinden, nicht das Mandat, den Vorschlag der Institutionen abzulehnen. Unsere Partei erhielt 36 % der Stimmen und die Regierung als Ganze besitzt ein wenig mehr als 40 %. Im Bewusstsein, wie wichtig unsere Entscheidung ist, fühlen wir uns verpflichtet, den Vorschlag der Institutionen den Menschen in Griechenland vorzulegen. Wir sind bestrebt, genau darzustellen, was ein Ja oder Nein zum Vorschlag der Institutionen bedeutet, und dann sollen sie entscheiden. Wir für unseren Teil werden das Urteil des Volkes zu akzeptieren und werden alles tun, es zu implementieren - wie auch immer die Entscheidung ausgeht.

Einige befürchten, dass ein Ja ein Misstrauensvotum gegen unsere Regierung bedeuten würde (da wir ein Nein empfehlen werden) und wir in diesem Fall daher der Eurogruppe nicht versprechen könnten, eine Vereinbarung mit den Institutionen zu unterschreiben und umzusetzen. Das ist nicht so. Wir sind der Demokratie verpflichtet. Wenn uns das Volk einen klaren Auftrag gibt, den Vorschlag der Institutionen zu unterschreiben, werden wir alles daransetzen, dies zu tun - auch wenn es eine neu zusammengesetzte Regierung bedeutet.

Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Zwänge, mit denen wir konfrontiert sind, ist das Referendum für alle optimal.

- Wenn unsere Regierung heute das Angebot der Institutionen anzunehmen würde und verspräche, es morgen dem Parlament vorzulegen, würden wir im Parlament unterliegen, mit dem Ergebnis einer Neuwahl innerhalb eines sehr langen Monats - Dann würden die Verzögerung und die Unsicherheit die Aussichten auf eine erfolgreiche Lösung sehr, sehr stark vermindern.
- Aber selbst wenn wir es schaffen würden, den Vorschlag der Institutionen durch das Parlament zu bringen, würden wir vor dem großen Problem der Identifikation mit dem Vorschlag und seiner Umsetzung stehen. Einfach ausgedrückt, ebenso wie in der Vergangenheit die Regierungen, die zwar eine von den Institutionen diktierte Politik durchsetzten, aber die Menschen nicht auf ihrer Seite hatten, würden auch wir dabei keinen Erfolg haben.

Viele Vorschläge wurden bereits gemacht, wie die Frage lauten sollte, die dem griechischen Volk vorgelegt wird. Viele von Ihnen erklären uns, raten uns oder weisen uns an, dass wir die Frage nach einem Ja oder Nein zum Euro stellen sollten. Lassen Sie mich klarstellen: Zunächst wurde die Frage durch das Kabinett formuliert und gerade im Parlament beschlossen. Sie lautet: "Wollen Sie den Vorschlag der Institutionen akzeptieren, wie er uns am 25. Juni in der Euro-Gruppe vorgelegt wurde?" Dies ist die einzige relevante Frage. Hätten wir den Vorschlag vor zwei Tagen angenommen, hätten wir einen Vertragsabschluss gehabt. Deal. Die griechische Regierung ersucht nun die Wähler, die Frage zu beantworten, die Sie, Jeroen (Dijsselbloem P.F.), mir gestellt haben, besonders als Sie sagten, ich zitiere, "Sie können das als einen Vorschlag betrachten, den sie entweder so annehmen oder ablehnen". Nun, genauso haben wir es gemacht, und wir nehmen die Institutionen und das griechische Volk ernst, indem wir es um eine klare Antwort auf den Vorschlag der Institutionen ersuchen.

Denjenigen, die sagen, dass dies in Wirklichkeit ein Referendum über den Euro sei, lautet meine Antwort: Sie können dies natürlich sagen, ich werde dies nicht kommentieren. Dies ist aber Ihre Entscheidung, Ihre Meinung, Ihre Interpretation. Nicht unsere! Es steckt eine Logik in Ihrer Ansicht, aber nur dann, wenn eine implizite Drohung vorhanden wäre, dass auf ein Nein des griechischen Volkes zum Vorschlag der Institutionen Schritte folgen, Griechenland – illegal – aus dem Euro zu werfen. Eine solche Drohung würde nicht aber nicht mit den Grundprinzipien einer europäischen demokratischen Regierungsführung und dem Europarecht im Einklang stehen.

Für jene, die uns raten, die Frage des Referendums als Euro-Drachme Dilemma zu formulieren, ist meine Antwort völlig klar: Europäische Verträge beinhalten Vorkehrungen für einen Austritt aus der EU. Sie enthalten aber keinerlei Regelungen für einen Ausstieg aus der Eurozone. Mit gutem Grund, natürlich, da die Unteilbarkeit

unserer Währungsunion einen Teil ihrer Daseinsberechtigung darstellt. Uns zu ersuchen, die Referendumsfrage als eine Wahl unter Berücksichtigung eines Austritts aus der Euro-Zone zu stellen, wäre gleichbedeutend damit, uns zu ersuchen, gegen die Europäischen Verträge und das EU Recht zu verstoßen.

Kolleginnen und Kollegen,

Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Der Grund, warum wir uns in der vorliegenden Lage befinden, ist folgender: Der zentrale Vorschlag unserer Regierung an Sie und die Institutionen, den ich hier in meiner allerersten Intervention in der Eurogruppe artikuliert habe, wurde nie ernst genommen. Es war der Vorschlag, Gemeinsamkeiten zwischen dem vorherrschenden Memorandum of Understanding und dem Programm unserer neuen Regierung herzustellen. Für einen kurzen Augenblick lang hat eine Aussage der Eurogruppe am 20. Februar die Aussicht auf solche Gemeinsamkeiten eröffnet – als sie sich ohne einen Hinweis auf das Memorandum of Understanding auf eine neue Reformliste unserer Regierung konzentrierte, die an die Institutionen weitergeleitet werden würde.

Bedauerlicherweise bemühten sich unmittelbar nach dem 20. Februar die Institutionen und die meisten Kolleginnen und Kollegen in diesem Saal den Fokus wieder auf das Memorandum of Understanding zu lenken und unsere Rolle auf nebensächliche Modifikationen des Memorandum of Understanding zu reduzieren. Es ist, als wäre uns gesagt worden - um Henry Ford zu paraphrasieren - dass wir eine beliebige Reformliste, jede Vereinbarung abschließen könnten, so lange es das Memorandum of Understanding wäre. Unsere Gemeinsamkeit wurde auf diese Weise geopfert, und zwar indem unserer Regierung ein demütigender Rückzug auferlegt wurde. Dies ist meine Sicht. Aber sie ist jetzt nicht wichtig. Jetzt liegt es an dem griechischen Volk zu entscheiden.

Unsere Aufgabe in der heutigen Eurogruppe sollte es sein, den Boden für einen reibungslosen Übergang zum Referendum vom 5. Juli zu ebnet. Das bedeutet nur eins: dass unsere Kreditvereinbarung um einige Wochen verlängert wird, damit das Referendum in Ruhe stattfinden kann. Wenn das Volk mit Ja entschieden hat, wird unmittelbar nach dem 5. Juli der Vorschlag der Institutionen unterzeichnet. Bis zu diesem Zeitpunkt in der nächsten Woche, wenn das Referendum näher rückt, wird jede Abweichung von der Normalität, besonders im Bankensektor, als Versuch interpretiert werden, die griechischen Wähler beeinflussen zu wollen. Die griechische Gesellschaft hat durch den starken Rückgang der Steuereinnahmen bereits einen hohen Preis dafür bezahlt, Teil unserer Währungsunion sein. Aber eine demokratische Währungsunion, die einem Volk mit Kapitalkontrollen und Bankschließungen droht, ist ein Widerspruch in sich. Ich würde gerne denken, dass die Eurogruppe diesen Grundsatz respektiert. Was die EZB betrifft, die Wächterin unserer Währungsstabilität und der Union selbst, habe ich keinen Zweifel, dass, wenn die Eurogruppe heute eine verantwortungsvolle Entscheidung trifft, den Antrag auf Verlängerung unseres Darlehensvertrages zu akzeptieren, den ich jetzt vorlege, sie dem griechischen Volk noch ein paar Tage geben wird, seine Meinung zu äußern.

Kolleginnen und Kollegen, dies sind kritische Momente, und die Entscheidungen, die wir machen, sind bedeutsam. In den kommenden Jahren könnten wir gefragt werden: "Wo waren Sie am 27. Juni? Und was haben Sie zu getan, um zu verhindern, was geschehen ist?" Zumindest sollten wir sagen können, dass wir den Menschen, die unter der

schlimmsten Depression leben, eine Chance gegeben haben, ihre Optionen zu prüfen. Wir haben versucht, die Demokratie als Ausweg aus einer Sackgasse einzusetzen. Und wir haben alles unternommen, um ihnen ein paar Tage dafür zu geben.

POSTSCRIPT - Der Tag, an dem der Präsident der Eurogruppe mit der Tradition der Einstimmigkeit brach und Griechenland aus dem Treffen der Eurogruppe nach eigenem Gutdünken ausschloss

Nach meiner Intervention (siehe oben) lehnte der Präsident der Eurogruppe mit Unterstützung der anderen Mitglieder unseren Antrag auf Fristverlängerung ab und kündigte an, dass die Eurogruppe eine Erklärung abgeben würde, dass die Schuld für den Scheitern der Verhandlungen bei Griechenland läge und dass sich die 18 Minister (das sind die 19 Finanzminister der Eurozone ohne den griechischen Minister) später wieder treffen würden, um Mittel und Wege zu ihrem eigenen Schutz vor den Folgen des Scheiterns zu diskutieren.

An diesem Punkt ersuchte ich um Rechtsberatung durch das Sekretariat, ob eine Erklärung der Eurogruppe ohne die übliche Einstimmigkeit verabschiedet werden könne und ob der Präsident der Eurogruppe ein Treffen einberufen könne ohne Einladung an alle Finanzminister der Mitgliedsstaaten der Eurozone. Ich erhielt folgende außergewöhnliche Antwort: "Die Eurogruppe ist eine informelle Gruppe. Sie ist nicht an Verträge oder schriftliche Bestimmungen gebunden. Während Einstimmigkeit üblicherweise eingehalten wird, ist der Präsident der Eurogruppe nicht an explizite Regeln gebunden." Einen Kommentar zu dieser bemerkenswerten Aussage möchte ich dem Leser und der Leserin überlassen.

Ich für meinen Teil schloss meine Erklärung wie folgt ab:

Kolleginnen und Kollegen, indem Sie sich weigerten, den Darlehensvertrag für ein paar Wochen zu verlängern, zu dem Zweck, dem griechischen Volk Gelegenheit zu geben, in Ruhe und Frieden den Vorschlag der Institutionen zu beraten, insbesondere angesichts der hohen Wahrscheinlichkeit, dass es diese Vorschläge annehmen wird (im Gegensatz zum Rat unserer Regierung), wird die Glaubwürdigkeit der Eurogruppe, die aus Partnerstaaten besteht, die nicht nur eine gemeinsame Währung, sondern auch gemeinsame Werte verbindet, als demokratisches Entscheidungsgremium dauerhaft beschädigt.

Englisches Original:

Versandt am 28. Juni von [yanisv](#)

The Eurogroup Meeting of 27th June 2015 will not go down as a proud moment in Europe's history. Ministers turned down the Greek government's request that the Greek people should be granted a single week during which to deliver a Yes or No answer to the institutions' proposals – proposals crucial for Greece's future in the Eurozone. The very idea that a government would consult its people on a problematic proposal put to it by the institutions was treated with incomprehension and often with disdain bordering on contempt. I was even asked: "How do you expect common people to understand such complex issues?". Indeed, democracy did not have a good day in yesterday's Eurogroup meeting! But nor did European institutions. After our request was rejected, the Eurogroup President broke with the convention of unanimity (issuing a statement without my consent) and even took the dubious decision to convene a follow up meeting without the Greek minister, ostensibly to discuss the "next steps".

Can democracy and a monetary union coexist? Or must one give way? This is the pivotal question that the Eurogroup has decided to answer by placing democracy in the too-hard basket. So far, one hopes.

Intervention by Yanis Varoufakis, 27th June 2015 Eurogroup Meeting

Colleagues,

In our last meeting (25th June) the institutions tabled their final offer to the Greek authorities, in response to our proposal for a Staff Level Agreement (SLA) as tabled on 22nd June (and signed by Prime Minister Tsipras). After long, careful examination, our government decided that, unfortunately, the institutions' proposal could not be accepted. In view of how close we have come to the 30th June deadline, the date when the current loan agreement expires, this impasse of grave concern to us all and its causes must be thoroughly examined.

We rejected the institutions' 25th June proposals because of a variety of powerful reasons. The first reason is the combination of austerity and social injustice they would impose upon a population devastated already by... austerity and social injustice. Even our own SLA proposal (22nd June) is austere, in a bid to placate the institutions and thus come closer to an agreement. Only our SLA attempted to shift the burden of this renewed austere onslaught to those more able to afford it – e.g. by concentrating on increasing employer contributions to pension funds rather than on reducing the lowest of pensions. Nonetheless, even our SLA contains many parts that Greek society rejects.

So, having pushed us hard to accept substantial new austerity, in the form of absurdly large primary surpluses (3.5% of GDP over the medium term, albeit somewhat lower than the unfathomable number agreed to by previous Greek governments – i.e. 4.5%), we ended up having to make recessionary trade-offs between, on the one hand, higher taxes/charges in an economy where those who pay their dues pay through the nose and, on the other, reductions in pensions/benefits in a society already devastated by massive cuts in basic income support for the multiplying needy.

Let me say colleagues what we had already conveyed to the institutions on 22nd June, as we were tabling our own proposals: Even this SLA, the one we were proposing, would be extremely onerous to pass through Parliament, given the level of recessionary measures and austerity it entailed. Unfortunately, the institutions' response was to insist on even more recessionary (aka parametric) measures (e.g. increasing VAT on hotels from 6% to 23%!) and, worse still, on shifting the burden massively from business to the weakest members of society (e.g. to reduce the lowest of pensions, to remove support for farmers, to postpone ad infinitum legislation that offers some protection to badly exploited workers).

The institutions new proposals, as expressed in their 25th June SLA/Prior Actions document, would make a politically problematic package – from the perspective of our Parliament – into a package that would be extremely difficult to push through our Parliamentary caucus. But this is not all. It gets worse much worse than that once we take a look at the proposed financing package.

What makes it *impossible* to pass the institutions' proposal through Parliament is the lack of an answer to the question: Will these painful measures at least give us a period of tranquillity during which to carry out the agreed reforms and measures? Will a shock of optimism counter the recessionary effect of the extra fiscal consolidation that is being imposed on a country that has been in recession for 21 consecutive quarters? The answer is clear: No, the institutions' proposal is offering no such prospect.

This is why: The proposed funding for the next 5 months (see below for a breakdown) is problematic in a variety of ways:

First, it makes no provision for the state's arrears, caused by five months of making payments without disbursements and of falling tax revenues as a result of the constant threat of Grexit that has been wafting in the air, so to speak.

Secondly, the idea of cannibalising the HFSF in order to repay the ECB's SMP-era bonds constitutes a clear and present danger: These monies were earmarked, correctly, for strengthening Greece's fragile banks, possibly through an operation that deals with their mountainous NPLs that eat into their capitalisation. The answer I have been given by senior ECB officials, whose name will remain unsaid, is that, if need be, the HFSF will be replenished to cope with the banks' capitalisation needs. And who will do the replenishing? The ESM, is the

answer I was given. But, and this is a gigantic but, this is not part of the proposed deal and, moreover, it could not be part of the deal as the institutions have no mandate to commit the ESM in this manner – as I am sure Wolfgang will remind us all. And, moreover, if such a new arrangement could be made, why then is [our sensible, moderate, proposal of a new ESM facility for Greece that helps shift SMP liability from the ECB to the ESM](#) not discussed? The answer “we will not discuss it because we will not discuss it” will be very hard for me to convey to my Parliament, together with another package of austerity.

Thirdly, the proposed disbursements’ schedule is a minefield of reviews – one per month – that will ensure two things. First, that the Greek government will be immersed every day, every week in the review process for five long months. And well before these five months expire, we shall enter into another tedious negotiation over the next program – since there is nothing in the institutions’ proposal capable of inspiring even the faintest of hopes that at the end of this new extension Greece can stand on its own two feet.

Fourthly, given that it is abundantly clear that our debt will remain unsustainable by the end of the year, and that market access will remain as distant then as it is now, the IMF cannot be counted upon to disburse its share, the 3.5 billion that the institutions are counting as part of the funding package on the table.

These are solid reasons why our government does not consider it has a mandate to accept the institutions’ proposal or to use its majority in Parliament in order to push it through and onto the statutes.

At the same time, we do not have a mandate to turn down the institutions’ proposals either, cognizant of the critical moment in history we find ourselves in. Our party received 36% of the vote and the government as a whole commanded a little more than 40%. Fully aware of how weighty our decision is, we feel obliged to put the institutions’ proposal to the people of Greece. We shall endeavour to spell out to them fully what a Yes to the Institutions’ Proposal means, to do the same regarding a No vote, and then let them decide. For our part we shall accept the people’s verdict and will do whatever it takes to implement it – one way or another.

Some worry that a Yes vote would be a vote of no confidence in our government (as we shall be recommending a No vote), in which case we cannot promise to the Eurogroup that we shall be in a position to sign and implement the agreement with the institutions. This is not so. We are committed democrats. If the people gives us a clear instruction to sign up on the institutions’ proposals, we shall do whatever it takes to do so – even if it means a reconfigured government.

Colleagues, the referendum solution is optimal for all, given the constraints we face.

- If our government were to accept the institutions’ offer today, promising to push it through Parliament tomorrow, we would be defeated in Parliament with the result of a new election being called within a very long month – then, the delay, the uncertainty and the prospects of a successful resolution would be much, much diminished
- But even if we managed to pass the institutions’ proposal through Parliament, we would be facing a major problem of ownership and implementation. Put simply, just as in the past the governments that pushed through policies dictated by the institutions could not carry the people with them, we too would fail to do so.

On the question that will be put to the Greek people, much has been said about what it should be. Many of you tell us, advise us, instruct us even, that we should make it a Yes or No question on the euro. Let me be clear on this. First, the question was formulated by the Cabinet and has just been passed through Parliament – and it is “Do you accept the institutions’ proposal as it was presented to us on 25th June in the Eurogroup?” This is the only pertinent question. If we had accepted that proposal two days ago, we would have had a deal. The Greek government is now asking the electorate to answer the question you put it to me Jeroen – especially when you said, and I quote, “you can consider this, if you wish, a take or leave it proposal”. Well, this is how we took it and we are now honouring the institutions and the Greek people by asking the latter to deliver a clear answer on the institutions’ proposal.

To those who say that, effectively, this is a referendum on the euro, my answer is: You may very well say this but I shall not comment. This is your judgement, your opinion, your interpretation. Not ours! There is a logic to your view but only if there is an implicit threat that a No from the Greek people to the institutions’ proposal will be followed up by moves to eject Greece, illegally, out of the euro. Such a threat would not be consistent with basic principles of European democratic governance and European Law.

To those who instruct us to phrase the referendum question as a euro-drachma dilemma, my answer is crystal clear: European Treaties make provisions for an exit from the EU. They do **not** make any provisions for an exit from the Eurozone. With good reason, of course, as the indivisibility of our Monetary Union is part of its *raison d'etre*. To ask us to phrase the referendum question as a choice involving exit from the Eurozone is to ask us to violate EU Treaties and EU Law. I suggest to anyone who wants us, or anyone else, to hold a referendum on EMU membership to recommend a change in the Treaties.

Colleagues,

It is time to take stock. The reason we find ourselves in the present conundrum is one: Our government's primary proposal to you and the institutions, which I articulated here in the Eurogroup in my first ever intervention, was never taken seriously. It was the suggestion that common ground be created between the prevailing MoU and our new government's program. For a fleeting moment, the 20th February Eurogroup statement raised the prospect of such common ground – as it made no reference to the MoU and concentrated on a new reform list by our government that would be put to the institutions.

Regrettably, immediately after the 20th of February the institutions, and most of colleagues in this room, sought to bring the MoU back to the centre, and to reduce our role in marginal changes within the MoU. It is as if we were told, to paraphrase Henry Ford, that we could have any reform list, any agreement, as long as it was the MoU. Common ground was thus sacrificed in favour of imposing upon our government a humiliating retreat. This is my view. But it is not important now. Now it is up to the Greek people to decide.

Our task, in today's Eurogroup, ought to be to pave the ground for a smooth passage to the referendum of 5th July. This means one thing: that our loan agreement be extended by a few weeks so that the referendum takes place in conditions of tranquillity. Immediately after 5th July, if the people have voted Yes, the institutions' proposal will be signed. Until then, during the next week, as the referendum approaches, any deviation from normality, especially in the banking sector, will be invariably interpreted as an attempt to coerce Greek voters. Greek society has paid a hefty price, through huge fiscal contraction, in order to be part of our monetary union. But a democratic monetary union that threatens a people about to deliver their verdict with capital controls and bank closures is a contradiction in terms. I would like to think that the Eurogroup will respect this principle. As for the ECB, the custodian on our monetary stability and of the Union itself, I have no doubt that, if the Eurogroup takes a responsible decision today to accept the [request for an extension of our loan agreement that I am now tabling](#), it will do what it takes to give the Greek people a few more days to express their opinion.

Colleagues, these are critical moments and the decisions we make are momentous. In years to come we may well be asked “Where were you on the 27th of June? And what did you do to avert what happened? At the very least we should be able to say that: We gave the people who live under the worst depression a chance to consider their options. We tried democracy as a means of breaking a deadlock. And we did what it took to give them a few days to do so.

POSTSCRIPT – The day the Eurogroup President broke with the tradition of unanimity and excluded Greece from a Eurogroup gathering at will

Following my intervention (see above) the Eurogroup President rejected our request for an extension, with the support of the rest of the members, and announced that the Eurogroup would be issuing a statement placing the burden of this impasse on Greece and suggesting that the 18 ministers (that is the 19 Eurozone finance ministers except the Greek minister) reconvene later to discuss ways and means of protecting themselves from the fallout.

At that point I asked for legal advice, from the secretariat, on whether a Eurogroup statement can be issued without the conventional unanimity and whether the President of the Eurogroup can convene a meeting without inviting the finance minister of a Eurozone member-state. I received the following extraordinary answer: “The Eurogroup is an informal group. Thus it is not bound by Treaties or written regulations. While unanimity is conventionally adhered to, the Eurogroup President is not bound to explicit rules.” I let the reader comment on this remarkable statement.

For my part, I concluded as follows:

Colleagues, refusing to extend the loan agreement for a few weeks, and for the purpose of giving the Greek people an opportunity to deliberate in peace and quiet on the institutions' proposal, especially

given the high probability that they will accept these proposals (contrary to our government's advice), will damage permanently the credibility of the Eurogroup as a democratic decision making body comprising partner states sharing not only a common currency but also common values